



Das Bahnchaos und seine Lehren

Wer zurzeit mit der Bahn unterwegs ist muss Geduld mitbringen, viel Geduld. Züge fallen aus, ICE und Intercitys fahren mit reduzierter Geschwindigkeit. Und was die Berliner S-Bahn angeht, die ja auch eine Tochterunternehmen der Deutschen Bahn ist, konnte man nur verwundert sein. Die Mitteilungen der S-Bahn klangen so, als würden sie kurz nach dem Fall der Mauer veröffentlicht worden sein: Die Berliner S-Bahn fahre wieder in die Randgebiete und ins Umland der Stadt. Das gab das Verkehrsunternehmen vor einigen Tagen bekannt. Weil fast zwei Drittel aller Züge ausgefallen waren, hatte die Bahn vier Streckenabschnitte stillgelegt, so dass Zehntausende von Pendlern sitzen gelassen wurden. Auf den übrigen Strecken des S-Bahn-Netzes gilt ein Notfahrplan mit stark ausgedünnten Taktzeiten. Grund für die Ausfälle seien Schäden an Elektrik und Motoren während der Winterwochen. Also etwas das recht plötzlich kommt und auf das man sich gar nicht so recht vorbereiten kann. Wie sollte die Bahn das auch tun. Die BahnmanagerInnen können ja nicht ahnen, dass in den Monaten zwischen Dezember und Februar auf der nördlichen Halbkugel Winter ist und die Temperaturen unter den Gefrierpunkt sinken können. Die S-Bahn war von diesem überraschenden Wintereinbruch so überwältigt, dass es noch bis 2012! dauern wird, bis alle S-Bahnen wieder im normalen Takt

fahren. Hoffentlich haben die Verantwortlichen dabei berücksichtigt, dass es zwischen 2011 und 2012 möglicherweise noch einen Winter gibt.

Wer hat Schuld?

Doch wer hat eigentlich Schuld am Chaos? Der Winter? Wohl kaum, denn erst vorletzten Sommer kam es zu einem Chaos weil eklatante Wartungsmängel an den Zügen bekannt



wurden. Es ist also offensichtlich, dass viel zu viel gespart wurde. Schließlich soll ja aus der Deutschen Bahn die Deutsche Bahn AG werden. Und für den Börsengang eines Gemeinwirtschaftlich! Unternehmens tragen Wartungskosten eben nicht zur Erhöhung der Gewinnmarge bei. Bei der Verantwortung dafür sieht es nicht so offensichtlich aus, die PolitikerInnen machen das, was sie in solchen Situationen immer machen: sich gegenseitig die Schuld zuweisen.

Nur der Gewinn zählt!

Nur die Fahrgäste stehen auf dem Bahnsteig und sehen alt aus. Zwar

kommen wir nicht zur Arbeit, nach Hause oder in die Schule. Allerdings dürfen wir uns auf eine fast ideale ICE Anbindung zum Shopping nach London ab dem Jahre 2013 freuen. Angesichts solcher Möglichkeiten sollen wir tatsächlich auf einen normal funktionierenden S-Bahn Betrieb verzichten. Nebenbei wird auch erwähnt, dass die von den Steuergeldern der Berliner ArbeiterInnen subventionierte S-Bahn aller vorraussicht nach bis 2017 keinen Gewinn mehr abwerfen wird, wie ärgerlich für die Bahn AktionärInnen. Gegen den Sparzwang und mit ihm die katastrophalen Zustände bei der Bahn wird mit solchen Maßnahmen nichts getan. Dabei ist eines gewiss, der nächste Winter kommt bestimmt.

Was ist die Alternative?

Wem soll man da von den Verantwortlichen noch glauben schenken, wenn weder der Bahnchef noch der ohnehin schon komplett überforderte Berliner Senat einen funktionierenden S-Bahn Betrieb organisieren können? Ganz einfach: die, die es am besten wissen sollten, weil sie täglich mit der Bahn zu tun haben. Nämlich die ArbeiterInnen der Bahn selbst. Sie sollten entscheiden was für die S-Bahnen wichtig und richtig ist und nicht irgendwelche Finanz-Jongleure in den Vorstandsetagen. Denn schließlich geht es um unsere Sicherheit und die darf unter keinen Umständen zum Ausverkauf stehen!

Wahlen – wofür?

Diese Woche haben die Studierenden gewählt. Das merken wir an der Unmenge von Wahlwerbung, die in der Mensa und sonst überall auf der Uni herumliegt.

Jedes Jahr wählen die Studierenden das "Studierendenparlament" oder "StuPa". Doch dieses Parlament hat nicht viel zu sagen: die wirklichen Entscheidungen an der Uni werden vom Präsidium getroffen. In den Gremien der Universität haben ProfessorInnen eine absolute Mehrheit – Studierende und MitarbeiterInnen dagegen haben nur eine Minderheit.

Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung der Studierenden lediglich bei etwa 10% liegt. Warum sollte man sich für die Wahl eines "Parlaments" groß interessieren, das eh nichts entscheiden kann? Besser wäre eine wirkliche Demokratie, in der jeder Mensch auf der Uni – egal ob StudierendeR, MitarbeiterIn oder ProfessorIn – die gleiche Stimme hätte. Aber die "Demokratie", die wir haben, versteckt nur die Diktatur der Chefs im Betrieb, der Profs auf der Uni usw.

Gegen die französische Rentenreform

Das Rentenalter in Deutschland ist vor einigen Jahren von 65 auf 67

angehoben worden – damals haben die deutschen Gewerkschaften gesagt, dass man dagegen nichts machen könne. Das Rentenalter in Frankreich sollte vor einigen Monaten ebenfalls angehoben werden – und die KollegInnen dort zeigten, dass man sehr wohl etwas dagegen machen kann!

Sieben Wochen dauerten die Proteste. Öltraffinerien wurden blockiert, so dass der Benzin knapp wurde. Schulen und Unis wurden besetzt. Millionen Menschen gingen auf die

te!

Doch auch die BürokratInnen von den französischen Gewerkschaften taten ihr Bestes, um die Proteste zurückzuhalten und die Reform durchgehen zu lassen. Und letztendlich ist die Rentenreform trotz der großen Protest verabschiedet worden.

Deswegen ist es wichtig, in Frankreich wie in Deutschland, dass ArbeiterInnen an der Basis sich selbst organisieren und für ihre Interessen eintreten!



Massenproteste in Nordafrika

Es brodeln in den nordafrikanischen Diktaturen Algerien und Tunesien. In den Ländern gehen vor allem Jugendliche auf die Straße um gegen die hohe Arbeitslosigkeit und gestiegene Lebensmittelpreise zu protestieren. Bei den Protesten kamen bereits mehr als zwanzig ArbeiterInnen um Leben.

Dabei ist es eigentlich verwunderlich, dass die Menschen in Algerien aus Hunger und Verzweiflung auf die Straße gehen müssen, das Land ist reich an Ressourcen. Nur verhält sich die korrupte Regierung wie ein riesiges Casino und macht die

Geschäfte mit den europäischen und amerikanischen Ölmultis lieber alleine, ohne die Bevölkerung zu beteiligen.

Straße. Die Regierung wurde nervös, weil jeder Streiktag zwischen 200 und 400 Millionen Euro kostete.

"Unser Werkblatt" wird von der AG Arbeitskämpfe herausgegeben. Wir sind eine Gruppe, die sich im Rahmen der aktuellen Bildungsproteste gegründet hat. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich für bessere Arbeitsbedin-

gungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst du das unterstützen? Hast du ein Problem im Betrieb, das dich schon lange genervt hat? Wende dich an uns: Entweder an eine/n der Flugblattverteiler_innen, per Email oder per Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch

anonym. Wir treffen uns auch jeden Montag um 15 Uhr vor der Mensa II, um uns auszutauschen und unsere Arbeit zu planen. Schau selbst mal vorbei!

Kontakt:

ag_arbeitskampf@yahoo.de